



## Tarifverhandlungen fortgesetzt

Am 03.04.2007 sind die Tarifverhandlungen zum „T – Service“ fortgesetzt worden. Dort hat die Arbeitgeberseite ihre Absichten konkretisiert, wie die Arbeitsbedingungen in den künftigen T Service Gesellschaften aussehen sollen.

**Telekom will Arbeitsbedingungen auf Niedriglohn-  
niveau runterknüppeln und 30 Jahre Tarifentwick-  
lung mit einem Federstrich vom Tisch wischen !**

Die von der Telekom unterbreiteten Vorstellungen für zukünftig in die T Service Gesellschaften neu einzustellende Beschäftigte stellen alle bisherigen Angriffe auf Tarifbedingungen in der deutschen Tariflandschaft in den Schatten. Anscheinend will die Telekom eine Vorreiterrolle und einen Spitzenplatz als „größter und rücksichtslosester Lohn- und Konditionendrucker Europas“ einnehmen.

U.a. will die Telekom für zukünftig Neueinzustellende:

- ⇒ Mindestens 38 Stunden Wochenarbeitszeit
- ⇒ Verlagerung von Fahrtzeiten zum und vom Kunden in die Freizeit
- ⇒ Verlagerung der sogenannten „Rüstzeiten“ in die Freizeit
- ⇒ Ersatzlose Streichung aller Erhol- und Verteilzeiten
- ⇒ Eine umfassende Flexibilisierung der Arbeitszeit u.a. kapazitätsorientierte Arbeitszeiten, besondere Formen der Saisonarbeit sowie die Festlegung des Samstags als Regelarbeitstag
- ⇒ Abschaffung betriebsrätlicher Möglichkeiten, Arbeitszeitmodelle sozial zu gestalten
- ⇒ Massive Verschlechterung der Rufbereitschafts- und Herbeirufregelungen

**Selbstbestimmte und planbare Freizeit soll für die Beschäftigten offensichtlich nicht mehr bestehen !**

- ⇒ Schaffung von Entgelten, bei denen z.B. für qualifizierte Tätigkeiten im Call Center zukünftig 1.151 € Brutto Fixentgelt im Monat (heute 2.444 €) ausreichen sollen
- ⇒ Fixentgelte deutlich unterhalb des von ver.di geforderten gesetzlichen Mindestlohnes von 7,50 €



- ⇒ Ersatzlose Streichung bisher im Entgeltsystem vorhandener Ausgleiche für besondere Umgebungs- und Belastungseinflüsse (Funktionszulagen)
- ⇒ Deutliche Erhöhung der variablen Entgeltbestandteile (für die meisten Beschäftigten auf 20% bzw. 30% des vorgesehenen Jahreseinkommens)
- ⇒ Die massive Abbewertung von qualifizierten Tätigkeiten (um mehrere Entgeltgruppen)
- ⇒ Möglichkeit der jederzeitigen bundesweiten Versetzungsmöglichkeiten der Beschäftigten zum „Kapazitätsausgleich“
- ⇒ Deutlich verschlechterter Ratioschutz der u.a. betriebsbedingte Beendigungskündigung und bundesweite Versetzungsmöglichkeiten vorsieht
- ⇒ ...

### ver.di stellt dazu fest:

Diese Pläne der Telekom müssen als Anschlag auf jedes Mindestmaß an Verteilungsgerechtigkeit begriffen werden. Dies ist keine Auseinandersetzung zur Anpassung der Arbeits- und Einkommensbedingungen, sondern eine offene Kampfansage gegen die Beschäftigten.

## Massiver Eingriff in die Konditionen der vorhandenen Beschäftigten

ver.di hat in den Verhandlungen die Forderung nach einem Tarifvertrag Auslagerungsschutz bekräftigt und die Telekom erneut zur Aufnahme der Verhandlungen zu diesem Komplex aufgefordert. Die vorhandenen Beschäftigten brauchen schnell Antworten auf ihre Fragen nach Klarheit und Schutz ihrer Beschäftigungsbedingungen.

Statt Antworten und Verhandlungen dazu, hat die Telekom jedoch nur ihre Absichten für die Gestaltung der in die neuen Gesellschaften wechselnden Telekom-Beschäftigten konkretisiert, danach ist u.a. folgendes vorgesehen:

- ⇒ Die o.a. Konditionen für „Neue“ sollen mit Ausnahme weniger „Sonderregelungen“ 1:1 auch für die vorhandenen Beschäftigten Anwendung finden
- ⇒ Arbeitszeitverlängerung um mindestens 4 Stunden ohne Entgeltausgleich
- ⇒ Wechsel in die neuen Entgeltsysteme auf Basis ihres heutigen Entgelts (34 Std.), welches jedoch **um „XX“ Prozent** (Absenkungshöhe von Telekom bisher nicht benannt) abgesenkt werden soll
- ⇒ Negative Veränderung der heutigen Eingruppierungssituation (für heutige PK und TK Beschäftigte)
- ⇒ Variabilisierung des abgesenkten Istentgeltes in voller Höhe (20% bzw. 30% Variable)
- ⇒ Keinerlei Schutz zur Erreichung heute vorhandener Festentgeltbestandteile
- ⇒ Keine Weitergabe noch ausstehender Stufensprünge



- ⇒ Wegfall der kollektiven Sicherung der zu verausgabenden Leistungsentgeltbudgets
- ⇒ Deutliche Verschlechterung der heute vorhandenen Ratioschutzbestimmungen
- ⇒ Zeitlich noch nicht näher bestimmten Schutz vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen in Aussicht gestellt
- ⇒ Entgeltabsenkungen auch für alle noch nicht in der passiven Phase befindlichen Altersteilzeit – ArbeitnehmerInnen
- ⇒ In Aussicht gestellter befristeter Ausgleich der eintretenden negativen Wirkungen in der betrieblichen Altersversorgung
- ⇒ Bereitstellung eines noch nicht näher bestimmten Härtefallfonds
- ⇒ Für „xx“ Jahre (Dauer von Telekom bisher nicht benannt) keine Teilnahme an allgemeinen Entgelterhöhungen mehr
- ⇒ ...

Daneben hat die Telekom auch für die in die T- Service Gesellschaften wechselnden Beschäftigten aus der T Mobile sowie der VTS und T Online Regelungen vorgesehen. Im Kern ist dort die Überführung in die neuen Systeme mit dem heutigen Entgelt vorgesehen.

## Schutz und Klarheit verweigert !

Die von ver.di geforderten Tarifverhandlungen zu einem separaten Tarifvertrag Auslagerungsschutz hat die Telekom verweigert.

**Telekom verweigert sich, einen separaten Tarifvertrag Auslagerungsschutz zu vereinbaren und versucht die zukünftigen Entgelt- und Arbeitsbedingungen zu diktieren !**

### ver.di stellt dazu fest:

- Die Pläne der Arbeitgeberseite sehen Arbeits- und Entgeltbedingungen vor, die deutlich unterhalb von Wettbewerbern wie z.B. Vodafone, Ish / Easy oder KDG, aber auch unterhalb von Siemens, der Elektroindustrie und auch unterhalb des Elektrohandwerks vorsehen – damit wird die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte gefährdet.
- Die Arbeitgeberpläne in Bezug auf den Umgang mit den heute vorhandenen Beschäftigten - aber auch insgesamt - sind rücksichtslos und stellen einen tarifpolitischen Skandal in der deutschen Tariflandschaft dar.
- Das Vorgehen der Telekom ist völlig inakzeptabel. Es missachtet die berechtigten Anliegen der Beschäftigten und stellt eine offene Provokation dar.
- Die Blockadehaltung der Telekom zum Thema Auslagerungsschutz ist nicht hinnehmbar.

Die Verhandlungen sollen am 12.04.2007 fortgesetzt werden !



**Jetzt gilt:  
Aufstehen und Mitmachen!**

